

Der Antikommunismus in seiner Epoche

Weltanschauung und Politik in Deutschland,
Europa und den USA

Herausgegeben von Norbert Frei und Dominik Rigoll



Jena Center

Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History

Wallstein

Der Antikommunismus in seiner Epoche
Weltanschauung und Politik
in Deutschland, Europa und den USA

Vorträge und Kolloquien
Band 21



Jena Center
Geschichte des 20. Jahrhunderts
20th Century History

Der Antikommunismus in seiner Epoche

Weltanschauung und Politik
in Deutschland, Europa und den USA

Herausgegeben von
Norbert Frei und Dominik Rigoll

Wallstein Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag GmbH 2017

Vom Verlag gesetzt aus der Sabon und der Univers

Umschlaggestaltung: Steffen Röder, Berlin

ISBN (Print) 978-3-8353-3007-8

ISBN (E-Book, pdf) 978-3-8353-4086-2

Inhalt

NORBERT FREI		
Vorwort _____		7
ANSELM DOERING-MANTEUFFEL		
Der Antikommunismus in seiner Epoche _____		11
I. ANTIKOMMUNISMUS IM ENTSTEHEN		
DOMINIK RIGOLL		
Antikommunismus vor 1917? Eine Skizze _____		32
ROBERT GERWARTH		
Die Geburt des Antibolschewismus _____		49
GRZEGORZ KRZYWIEC		
Antibolschewismus und Nationalismus in Polen _____		65
ATTILA PÓK		
Zur Genese des Antikommunismus in Ungarn _____		75
II. ANTIKOMMUNISMUS ALS WELTANSCHAUUNG		
MICHAEL WILDT		
Antikommunismus und Nationalsozialismus _____		94
ANSON RABINBACH		
Anti-Totalitarianism as Anti-Communism _____		111
SIEGFRIED WEICHLIN		
Antikommunismus im westdeutschen Katholizismus _____		124
IRIS SCHRÖDER/CHRISTIAN METHFESSEL		
Antikommunismus und Internationalismus _____		139

III. ANTIKOMMUNISMUS AN DER MACHT

AMEDEO OSTI GUERRAZZI

Antikommunismus im italienischen Faschismus _____ 158

STEFANIE SCHÜLER-SPRINGORUM

Antikommunismus in Spanien _____ 175

AXEL SCHILDT

Antikommunismus von Hitler zu Adenauer _____ 186

JÖRG NAGLER

Amerikanischer Antikommunismus von der
First Red Scare zu McCarthy _____ 204

THOMAS A. SCHWARTZ

Back to the Future: Anti-Communism under Reagan 218

Literatur _____ 235

Abkürzungen _____ 259

Autoren _____ 261

Namenverzeichnis _____ 263

Norbert Frei

Vorwort

»We are all sufferers from history, but the paranoid is a double sufferer, since he is afflicted not only by the real world, with the rest of us, but by his fantasies as well.« Mit diesen Worten beschloss Richard Hofstadter im November 1964 in *Harper's Magazine* seinen schon bald berühmten Essay über *The Paranoid Style in American Politics*. Darin griff der New Yorker Historiker weit in die Geschichte der Vereinigten Staaten zurück, aber vor Augen stellte er seinen Lesern eine aktuelle Figur: Barry Goldwater, den Gesinnungs- und Generationengenossen des ein paar Jahre zuvor verstorbenen Joseph McCarthy. Senator Goldwater hatte soeben die Präsidentschaftswahl gegen Lyndon B. Johnson verloren, doch seine radikale Opposition gegen Johnsons Versprechen einer *Great Society* war damit nicht erledigt. Im Gegenteil, Goldwater und seine Nachfolger verschoben fortan die Koordinaten der Republikanischen Partei – und am Ende die der USA – weit nach rechts.

Ein Element dieser Koordinatenverschiebung war die Behauptung einer weitreichenden und tiefgehenden kommunistischen Verschwörung, die die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahrzehnten existenziell bedrohe. Mit anderen Worten: Goldwater, in seinem 1964 begrenzten, aber nicht unbedeutenden politischen Erfolg, stand für die Partei des Antikommunismus.

Um die Genese, Wirkung und Bedeutung des Antikommunismus in Deutschland, Europa und den USA ging es, fast auf den Tag genau ein halbes Jahrhundert nach Erscheinen von Hofstadters Essay, auf einem Symposium des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* und des *Imre Kertész Kollegs*, dessen Ergebnisse dieser Band dokumentiert. Im Zentrum stand dabei nicht so sehr die in der Forschung schon häufiger

erörterte Frage, wie antikommunistische Hardliner vom Schläge eines McCarthy oder Goldwater zu »Paranoikern« wurden und welche politischen Aktivitäten sie in Organisationen oder transnationalen Netzwerken entfalteten. Gefragt wurde vielmehr, warum der Antikommunismus über Jahrzehnte hinweg eine so große Wirkungsmacht entfalten konnte – in fast allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen, auf Politiker wie auf Intellektuelle, in demokratischen wie in antidemokratischen Parteien, in der Innenpolitik wie in den internationalen Beziehungen: Wie wurde der Antikommunismus zu einem gemeinsamen politischen Nenner auch für Parteien, Institutionen und Einzelpersonen, die ansonsten uneins oder gar zerstritten waren? Was machte ihn anschlussfähig für so viele politische, soziale und kulturelle Grundfragen seiner Epoche? Und schließlich: Was verband – und was unterschied – den Antibolschewismus der Jahre nach 1917 mit dem Antikommunismus des Kalten Krieges?

Die Aufgabe, den ideengeschichtlichen Rahmen dieses Bandes abzustecken, übernahm Anselm Doering-Manteuffel. Ausgehend von der deutschen Entwicklung schlägt er eine Unterteilung der Epoche des Antikommunismus in vier Phasen vor: Danach folgte der Zeit der changierenden Feindbilder bis Anfang der dreißiger Jahre eine von der antibolschewistischen Vernichtungspolitik des Dritten Reiches bestimmte Phase; im Kalten Krieg habe sich der Antikommunismus in ein deutsches und ein westliches Feindbild aufgespalten, um dann im Zuge der Entspannungspolitik seinen ideologischen Niedergang zu erfahren.

Die Beiträge im ersten Teil des Bandes fragen nach den Entstehungsbedingungen antikommunistischer Ideologie und Politik. Dominik Rigoll untersucht am Beispiel Deutschlands und Frankreichs, inwiefern bereits für die Zeit vor 1917 von »Antikommunismus« gesprochen werden kann. Robert Gerwarth zeichnet nach, wie seit der russischen Oktoberrevolution in Deutschland und anderen europäischen Staaten ein spezifischer Antibolschewismus entstand. Grzegorz Krzywiec

analysiert das Zusammenspiel von Antibolschewismus und Nationalismus in Polen während des polnisch-sowjetischen Krieges zwischen 1919 und 1921; Attila Pók untersucht die Entstehung des Antikommunismus in Ungarn – und spannt dabei einen Bogen vom 19. Jahrhundert bis zur Revolution von 1918/19.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit der ideologischen Kohäsionskraft des Antikommunismus. Michael Wildt geht der Frage nach, wie viel Antikommunismus im Nationalsozialismus steckte, während Anson Rabinbach am Beispiel von Hannah Arendt Antikommunismus in seiner Erscheinungsform als Antitotalitarismus beleuchtet. Siegfried Weichleins Beitrag widmet sich der Bedeutung des Antikommunismus für den westdeutschen Katholizismus zu Zeiten des Kalten Krieges; Iris Schröder und Christian Methfessel untersuchen den Zusammenhang von Antikommunismus und Internationalismus.

Der dritte Teil des Bandes nimmt in den Blick, wie antikommunistische Ideologie in konkrete Politik umgesetzt worden ist. Amedeo Osti Guerrazzi skizziert die Geschichte der antikommunistischen Repression im faschistischen Italien, Stefanie Schüler-Springorum analysiert die Bedeutung des Antikommunismus in Spanien vor, während und nach der franquistischen Diktatur. Axel Schildt arbeitet Kontinuitäten und Brüche zwischen dem Antibolschewismus des Dritten Reiches und dem Antikommunismus der Adenauer-Ära heraus. Die beiden letzten Beiträge schließlich beschäftigen sich mit den USA: Jörg Nagler spannt den Bogen vom *Red Scare* der zwanziger Jahre zur McCarthy-Ära im Kalten Krieg, und Thomas A. Schwartz erörtert, welches politische Gewicht dem Antikommunismus in der Reagan-Ära noch zukam.

Wenn unser Symposium ein Ort fruchtbarer Diskussionen wurde, von denen die hier vorgelegten überarbeiteten Fassungen der Vorträge profitierten, dann nicht zuletzt dank des großzügigen Engagements unserer Moderatorinnen und

Moderatoren Jörg Ganzenmüller, Claudia Kraft, Franka Maubach und Raphael Utz, unserer Kommentatorinnen und Kommentatoren Agnes Arndt, Julia Eichenberg, Jens Hacke und Christina Morina – und einer munteren Schlussrunde mit Włodzimierz Borodziej, Gerd Koenen, Annette Leo, Albrecht von Lucke und Joachim von Puttkamer, die sehr von der Informalität des Gesprächs profitierte und die deshalb der Erinnerung des Auditoriums vorbehalten bleiben soll.

Meinen Kollegen Włodzimierz Borodziej und Joachim von Puttkamer, den Direktoren des *Imre Kertész Kollegs*, danke ich für ihre engagierte und effektive Zusammenarbeit bei der inhaltlichen Vorbereitung des Symposions, ebenso den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts* und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte, insbesondere Dr. Dominik Rigoll (inzwischen ZZF Potsdam). Um Organisation und Drucklegung dieses Bandes hat sich in bewährter Weise Dr. Kristina Meyer gekümmert; die Schlussredaktion lag bei Louisa Reichstetter.

Schließlich geht mein herzlicher Dank, wie schon so oft, an Dr. Christiane Weickart und Dr. Nicolaus-Jürgen Weickart, deren großzügige Förderung unsere Arbeit überhaupt erst möglich macht.

Anselm Doering-Manteuffel

Der Antikommunismus in seiner Epoche

Unser Thema signalisiert eine Eindeutigkeit, die im historischen Geschehen schwerlich zu finden ist. Antikommunismus bildete einen prägenden Bestandteil in der politischen Kultur vom Ende des Ersten Weltkriegs bis etwa 1990, wobei seine Erscheinungsformen in Deutschland durchgängig markanter waren als in anderen europäischen Ländern. Er hatte allerdings keine gleichförmige Konjunktur, sondern verlief in Wellenbewegungen, so dass man durchaus von verschiedenen »Epochen« des Antikommunismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts sprechen könnte. Es ist daher ratsam, mit einer Definition zu beginnen¹.

Antikommunismus ist zunächst einmal, so scheint es, ein Ausdruck von Angst. Es ist die Angst vor einer Bedrohung, die von außen kommt, mithin eine internationale Kraft darstellt, die indes ebenso von innen kommt und innergesellschaftlich bedingt ist. Sie gilt einer sowohl materiellen als auch ideellen Bedrohung. Am Anfang steht die Angst vor der Revolution, vor Klassenkampf und vor der Machtübernahme durch eine »Partei des Proletariats«, die einhergeht mit der Wegnahme von Besitz. Dies ist die Angst der Bourgeoisie vor dem Verlust ihrer materiellen Güter und vor der Bedrohung des wichtigsten ideellen Guts, der persönlichen Freiheit. Ernst Nolte hat dieses Phänomen eindringlich beschrieben. In seinem Werk *Marxismus und Industrielle Revolution*, das die Trilogie über die großen Ideologien der Moderne – den *Faschismus in seiner Epoche* und den *Kalten Krieg* – abschließt und historisch bis ins frühe 19. Jahrhundert zurückgreift, richtet er das Augenmerk auf die erbitterten Debatten während der industriellen Revolution in England um 1830 und auf die Folgerungen, die wenige Jahrzehnte später Karl Marx und Friedrich Engels mit ihrer Theorie des Kommunismus daraus

zogen². Nolte erkennt ein Bedingungsgefüge zwischen »Vernichtungsdrohung und Angst«³. Die industrielle Revolution habe »ihre eigenen Vernichtungsrealitäten« hervorgebracht, indem sie altgewohnte Produktionstechniken und die damit verbundenen Berufe und Lebensformen zum Verschwinden brachte. Die Menschen reagierten darauf zunächst mit einer »unbestimmten Angst vor einer anonymen Entwicklung«, und die frühsozialistischen Theoretiker, sagt Nolte, hätten erkannt, dass die neuartige kapitalistische Nationalökonomie und der selbstsüchtige Individualismus in Gestalt des kapitalistischen Unternehmers *vernichtet* werden müssten. Damit aber seien mannigfaltige *Ängste* vor einer undurchschaubar bedrohlichen Zukunft einhergegangen⁴.

Marx und Engels waren Zeitgenossen der »lautlosen« industriellen Revolution und teilten die Erfahrung des Untergangs der alten Welt, ihrer Menschen und ihrer Kultur. Die Schärfe der Vernichtungsdrohung, die sie seit dem *Kommunistischen Manifest* (1848) formulierten, ging aus der eigenen Erfahrung und dem Weiterdenken des frühsozialistischen Radikalismus hervor. Aber ihr Aufruf an die »Proletarier aller Länder« schloss eben nicht nur die Vorstellung von der Vernichtung der Bourgeoisie als Klasse der kapitalistischen Ausbeutung mit ein, sondern auch die Vision einer besseren Welt im neuen System einer Industrialisierung jenseits des Kapitalismus. Daraus entstand die für die Ideologiegeschichte des Kommunismus maßgebliche Dialektik zwischen der Vernichtungsdrohung gegen die kapitalistische Ordnung der Bourgeoisie und der Verheißung einer neuen, gerechteren Welt der klassenlosen Gleichheit an das Proletariat⁵. Indem diese Verheißung mit der Vernichtungsdrohung an die herrschende Klasse der kapitalistischen Gesellschaft verbunden war, erzeugte sie dort Angst, solange deren Ordnung existierte, und brachte aus dieser Angst wiederum den Willen zur Bekämpfung des Kommunismus hervor. Die Dialektik von Vernichtungsdrohung und Angst steht am Beginn der Ideologiegeschichte des Kommunismus und wirkte alsbald auf

dessen realhistorische Entwicklung zurück: Kommunismus und Antikommunismus bedingten einander.

Den Antikommunismus prägte die Angst vor der Revolution. Das galt sowohl innergesellschaftlich als auch nach außen gewendet. Im Innern richtete sie sich auf die Bedrohung von Besitz und individueller Freiheit, draußen galt der Kommunismus seit der Russischen Revolution 1917 als Bedrohung der Staatenordnung. Im Deutschen Reich wurden die Protagonisten des revolutionären Geschehens 1918/19 als Menschen in fremden Diensten oder ganz direkt als Fremde wahrgenommen, auch wenn sie, wie beispielsweise Karl Liebknecht oder Kurt Eisner, Deutsche waren und immer hier gelebt hatten⁶. Anders war es mit den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich in den Städten landauf, landab um die kommunale Verwaltung und die Lebensmittelversorgung kümmerten. Ihnen wurde der Argwohn der Fremdheit weit weniger entgegengebracht, weil sie überwiegend aus den heimischen Industriebetrieben oder Garnisonen stammten. Gewerkschaftlich orientiert und mehrheitlich zur MSPD tendierend, waren die Arbeiter- und Soldatenräte höchst selten revolutionäre Kommunisten, sondern standen vielmehr in der Tradition des reformistisch gesinnten Sozialismus der Jahrhundertwende. Für das Bürgertum waren sie weltanschauliche Gegner, die man kannte: Es waren Gegner aus der eigenen nationalen Gesellschaft⁷.

Die Protagonisten der Novemberrevolution in den Metropolen hingegen, vornehmlich in Berlin und München, galten als Fremde, als Funktionäre des internationalen Kommunismus. Sie verkörperten eine Gefahr, die von außen her drohte. Als in Berlin Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, wenig später in München Kurt Eisner ermordet wurden, kamen die Täter aus den Freikorps – den gewalttätigsten Gruppen einer gegen die bolschewistischen Revolutionäre im Osten gerichteten protofaschistischen Soldateska. Ihr Feind war der Fremde, der doppelt Fremde: politisch-ideologisch und staatlich-national⁸. Hier fassen wir die Anfänge eines in seinen

Grundzügen hoch aggressiven Antikommunismus, wie er für die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts kennzeichnend wurde. Ideologie und Politik waren und blieben darin unlösbar verbunden.

Damit sind die Bestandteile des frühen Antikommunismus umschrieben. Versuchen wir, sie in die »Epoche des Antikommunismus« hinein zu verallgemeinern: Dem Antikommunismus sind durchgängig sowohl materiell definierte als auch ideelle Bedrohungsgefühle und Aggressionen inhärent. Antikommunismus stellt eine weltanschaulich begründete Haltung dar, die einerseits von Angst getragen und von Bedrohungsgefühlen bestimmt ist und die andererseits mit Ängsten spielt und Bedrohungen beschwört. Sie zielt darauf, den Zusammenhalt der eigenen Gesellschaft zu stärken und eine Wertegemeinschaft gegen einen gemeinsamen Feind zu beschwören. Daher sind die Zeitphasen eines besonders virulenten Antikommunismus jene Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts, in denen es galt, gesellschaftliche Zerrissenheit oder Inhomogenität zu überwinden und (neue) Formen des Zusammenhalts zu finden: die Zwischenkriegszeit der zwanziger und dreißiger Jahre und die Nachkriegszeit nach dem Zweiten Weltkrieg in den fünfziger Jahren.

Der Antikommunismus war in seinen Anfängen an die vorrangige Geltung des nationalen Staates gebunden. Die Kommunistische Internationale bedrohte nicht nur die Ordnung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft im Innern eines Staates, sondern auch den Primat der Nationalstaatlichkeit im internationalen System. Daher war im frühen Antikommunismus ein nationalistischer Anti-Internationalismus angelegt, der sich leichthin auch gegen andere Erscheinungsformen von Internationalismus richten konnte. In der Zwischenkriegszeit betraf das den westlichen demokratischen Liberalismus und das kosmopolitische Judentum. Späterhin, in den frühen Jahren des Kalten Krieges, diente die Abendlandideologie dazu, sowohl den kommunistischen Osten als auch den liberalen Westen als Bedrohung des Eigenen hinzustellen⁹.

Der Antikommunismus beschwört eine Bedrohung durch Fremdes, das von außen kommt. Diese erzeugt Angst und Aggression, weil sie beansprucht, dem Individuum, der Klasse, der Gesellschaft oder der Nation den je individuellen Besitzstand, die Verfügung über das Eigene – privaten Besitz, Klassenprivilegien, soziale Ordnung, staatliche Souveränität – streitig zu machen. Indem eine solche Bedrohung sowohl innen als auch außen wirksam ist, kann der Antikommunismus in umfassendem Sinn sowohl innen- als auch außenpolitisch als Integrationsideologie mobilisiert werden, soweit und solange eine staatliche Macht wie die Sowjetunion existiert, die Kommunismus und Internationalismus verkörpert. Entscheidend für die Bestimmung des Antikommunismus ist es mithin, dass eine Interrelation gegeben ist zwischen der von innen – aus dem Binnenraum der Gesellschaft in Gestalt einer Partei oder Gruppierung – hervorgehenden Bedrohung von persönlichen Besitz- und Eigentumsansprüchen und der von außen – von der Internationale oder ihrer Vormacht, der Sowjetunion – kommenden Bedrohung eines sozialen und politischen Ganzen. Das aber heißt, dass der soziale und politische Rahmen, der *Raum* einer Gesellschaft oder eines Staates, eine besondere Rolle spielt, weil er über ein »Innen« und ein »Außen« verfügt. Der Antikommunismus wird immer dann mobilisiert, wenn das »Außen« und das »Innen« eines Gemeinwesens integriert werden müssen und andere Möglichkeiten zu wirkungsvoller Integration nicht zur Verfügung stehen.

Nach 1945 veränderte sich die Dimension des Raumes und des Rahmens, in dem Antikommunismus zur Geltung gebracht wurde, nicht aber seine Bedeutung als Integrationsideologie. Mit dem Kalten Krieg entstand das westliche Lager, und die kulturkonservativen »Abendländer« verloren innerhalb nur eines Jahrzehnts – bis 1957/58 – den ohnehin begrenzten Einfluss, den sie mit ihrer feindlichen Haltung gegen sowjetischen Kommunismus und atlantischen Liberalismus zeitweilig hatten geltend machen können¹⁰. Aus unserer

heutigen Perspektive lag die Bedeutung des Westens darin, dass er ein »Lager« bildete. Er schuf einen neuen, erweiterten Raum und Rahmen, für den der Antikommunismus verschiedenartige Identitäten stabilisieren konnte – zum einen die gewohnte, in Deutschland aber zerrissene nationale Identität, zum anderen die neue, ungefestigte Identität der ehemaligen Feindstaaten in Europa, die nunmehr eine Zusammengehörigkeit als westliches Bündnis ausbilden mussten. Die amerikanische Wiederaufbauhilfe des Marshallplans für die (West-)Europäer und die Truman-Doktrin des Antikommunismus als Programm der amerikanischen Außenpolitik wurden nicht grundlos zur selben Zeit im Frühsommer 1947 verkündet¹¹.

Nimmt man die deutsche Entwicklung als Bezugspunkt, untergliedert sich die »Epoche des Antikommunismus« in vier Phasen. Einer Zeit der changierenden, keineswegs monolithisch gefestigten Feindbilder in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren folgte die Phase der von Hitler propagierten »Ausrottung« des Kommunismus im Dritten Reich, sodann die Aufspaltung des Antikommunismus mit einem national deutschen und einem international westlichen Feindbild im Kalten Krieg und schließlich die ideologische Erschöpfung im Zuge der Entspannungspolitik.

Changierende Feindbilder in den Jahren der Weimarer Republik

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es einen deutlichen Unterschied zwischen dem traditionellen, politisch und kulturell eingewurzelten Antimarxismus, der sich gegen SPD und Gewerkschaften richtete, und dem historisch neuartigen Antibolschewismus, der sich gegen die Kommunisten richtete. Die Sozialdemokraten waren in den zwanziger Jahren darum bemüht, die Weimarer Republik zu einer sozialen Demokratie auszugestalten. Es entsprach dem geistigen Klima dieser Zeit, europaweit, dass »soziale Demokratie« als »sozialistische Demokratie« gedacht wurde. Deshalb handelten die Re-

präsentanten der Kapitalinteressen in den zwanziger Jahren als Gegner der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen sozialen Reformpolitik, aber die SPD tastete das Prinzip der repräsentativen Demokratie in der parlamentarischen Ordnung nicht an. Anders die KPD: Sie stand für die Revolution nach dem Modell der Bolschewiki, für die Diktatur einer Kaderpartei, die »das Proletariat« zu verkörpern meinte und die Räteherrschaft anstrebte.

Richtete sich der Antikommunismus in den zwanziger Jahren gegen diese KPD? Gab es zu jener Zeit überhaupt einen Antikommunismus im Sinne unserer Definition als gesellschaftlicher und politischer Integrationsideologie? Wohl kaum. In den zwanziger Jahren floss vielmehr die antimarxistische Tradition der »Bourgeoisie«, die sich gegen SPD und ADGB richtete, mit dem neuartigen Antibolschewismus zusammen. Als die Gründungskrise der Republik überwunden war, begann 1924 die Ausrichtung der KPD an der KPdSU, die als »Stalinisierung der KPD« bezeichnet worden ist. Danach setzte der Kampf der Kommunisten gegen die SPD mit dem Totschlagsbegriff »Sozialfaschismus« ein. Parallel dazu baute sich die Propaganda der NSDAP auf, die immer dann die SPD angriff, wenn es im Innern gegen die parlamentarische Republik ging, und die auf die KPD zielte, wenn es opportun schien, den äußeren Feind, den Bolschewismus, zu attackieren. Im berühmten BVG-Streik 1932 machte die NSDAP allerdings gemeinsame Sache mit der KPD¹². Von dort führte eine direkte Linie zum Hitler-Stalin-Pakt 1939. Die Verbindung ist offensichtlich. Wann immer die Allianz mit dem Bolschewismus dazu verhelfen konnte, das System der liberalen Demokratie im In- und Ausland zu bekämpfen, wurde der Antimarxismus sistiert, auch wenn er ein Kernelement der faschistischen Ideologie darstellte. Dazu steht nicht im Widerspruch, dass sich der Nationalsozialismus 1932 über Straßenkämpfe mit den Kommunisten an die Macht prügelte und 1933 sofort damit begann, Kommunisten zu verfolgen und zu ermorden. Politisches Handeln und ideolo-

gische Orientierung der NSDAP ergänzten sich nach Maßgabe tagespolitischer Opportunität. Das ist der Grund, warum gläubige Kommunisten aus verschiedenen Ländern im Angesicht des Hitler-Stalin-Paktes zu fanatischen Antikommunisten wurden, als sie sahen, dass nicht nur Hitler mit Stalin, sondern auch Stalin mit Hitler zu kooperieren bereit war¹³. Aus dieser bitteren Einsicht entstand die Totalitarismustheorie, wonach »braun« gleich »rot« sei. Nach dem Sieg über die braune Diktatur im Kalten Krieg sollte sie ihren Nutzen beim weltweiten Kampf gegen die rote Diktatur erweisen¹⁴.

Wir sehen: In der Zwischenkriegszeit gab es noch nicht »den« politisch instrumentalisierbaren Antikommunismus, sondern changierende, ineinander verfließende Feindbilder. In der Weimarer Republik finden wir einen klar akzentuierten Antikommunismus nur in der SPD selbst und im Umfeld der sozialdemokratisch und linksliberal gesinnten Befürworter der Republik. Wir finden sodann bei den alten Eliten einen leise vor sich hin eifernden Antibolschewismus, der zum Wurzelboden des nationalistischen Antikommunismus im Dritten Reich werden sollte. Reichswehr, Geistlichkeit, Universitäten, Industrie und Großgrundbesitz sind in den zwanziger Jahren als Antikommunisten nur schwer zu fassen, weil sie in der Tradition ihrer Klasse Antimarxisten waren und vorerst noch kaum zwischen Sozialismus und Kommunismus unterschieden. Zwischen beiden zu unterscheiden, hat ihnen Adolf Hitler beigebracht.

»Ausrottung« des Kommunismus im Dritten Reich

Unmittelbar nach der Machtübernahme hatte Hitler vor den Spitzen der Reichswehr ein Programm ausgebreitet, das seine Absichten unverhohlen offenlegte. Am 3. Februar 1933 nannte er die »Überwindung des Marxismus und seiner Folgeerscheinungen bis zu ihrer vollständigen Ausrottung« als Ziel seiner Politik und präzierte im Verlauf seiner Rede, dass der »Marxismus« eine Resultante der »liberalistischen

Demokratie« sei und der Bolschewismus davon abgegrenzt werden müsse. Hitler unterschied also zwischen SPD und KPD, aber das hatte keine weitere Bedeutung, weil er beide Parteien und beide politischen Strömungen, den »Marxismus« als Resultante der »liberalistischen Demokratie« (mithin die SPD) und seine »Folgeerscheinungen« (die KPD), auf das innenpolitische Ziel der »Ausrottung« hin ausrichtete¹⁵.

Auch die Ankündigung des Vernichtungskrieges erfolgte an diesem 3. Februar 1933. Zug um Zug wurden die neuen Eliten des nationalsozialistischen Staates – Partei, SS, Wehrmacht, Wirtschaft, Bürokratie – in dieses Vorhaben eingebunden. Hitler verknüpfte die Absicht des Krieges nach Osten mit der Vernichtungsdrohung gegen das Judentum in seiner berüchtigten Prophezeiung vom 30. Januar 1939: Nicht die »Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums« werde das Ergebnis eines künftigen Krieges sein, »sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa«¹⁶. Das war im Januar 1939. Im August 1939 folgte der Hitler-Stalin-Pakt. Am 22. Juni 1941 kam der Angriff auf die Sowjetunion. Dieser Krieg, der Russlandfeldzug, bereitete den Boden für den Holocaust, machte Millionen von deutschen Soldaten zu Mitwissern und brachte die Offiziere dazu, eine gnadenlose antibolschewistische und antisemitische Propaganda in Befehlsform zu gießen und sie den Soldaten einzubläuen. Je länger der Krieg dauerte, je überlegener der russische Gegner wurde, je gefährlicher die Vorstöße der Roten Armee 1944/45, desto stärker wuchsen antibolschewistische Propaganda und Todesangst der Soldaten ineinander. Was Wunder, dass die Überlebenden nach 1945/49 zwischen »den Russen« und »dem Bolschewismus« gar nicht mehr unterschieden. Das ist der Stoff – ein Teil des Stoffes, aus dem der Antikommunismus der Nachkriegszeit gemacht ist.

Im Geschichtsbild der Deutschen bleibt dieser Problemkreis allerdings unterbelichtet. In der Literatur über den deutschen Antikommunismus nach 1945 taucht die Kriegserfahrung des Russlandfeldzugs so gut wie gar nicht auf. Was auf-

taucht, sind die Schreckensbilder vom Vorrücken der Roten Armee in Ostdeutschland. Flucht und Vertreibung wurden zu Kernbestandteilen im westdeutschen Narrativ des Antikommunismus, der deutsche Vernichtungskrieg hingegen nicht. Flucht und Vertreibung begründeten die Aggressivität der Vertriebenenpropaganda, weil hier Gewalt, Rohheit und die Wegnahme von Besitz als konkrete Erfahrungen beschworen wurden und mit Blick auf die Sowjetische Besatzungszone und die DDR auch mit der Wegnahme von bürgerlichen Individualrechten verbunden werden konnten¹⁷. Die laute Propaganda der Vertriebenenverbände gegen die Sowjetunion und Polen fügte sich geschmeidig in die antikommunistische Atmosphäre des Kalten Krieges ein. Weniger laut, aber höchst wirkungsvoll war der von Ressentiments und von der Angst vor »den Russen« getriebene Antibolschewismus der Kriegsheimkehrer aus dem Russlandfeldzug. Als 1950/51 die Diskussion um einen westdeutschen Wehrbeitrag einsetzte, war es dieser Antibolschewismus, der den *cantus firmus* im vielstimmigen Chor der Aufrüstungsbefürworter bildete. Wer konnte besser wissen, was es nicht nur mit dem »Iwan«, sondern auch mit dem »Bolschewismus« auf sich hatte, als diese von Angst und Aggression getriebenen ehemaligen Soldaten? Die Kriegsheimkehrer verkörperten markant die *nationale* Spielart des Antikommunismus nach 1945.

Vertriebene und Flüchtlinge, Kriegsheimkehrer und Kriegsoffer mussten in der Nachkriegsgesellschaft integriert werden. Das betraf beide deutsche Staaten, und sie reproduzierten zu diesem Zweck die ideologischen Feindbilder, die ihnen die Propaganda der Blockvormächte USA und UdSSR zur Verfügung stellte. Einen Antikommunismus des westlichen Typs gab es in der DDR naturgemäß nicht. Aber es gab den deutschen Antibolschewismus aus der Erfahrung des Krieges, zumal diese sich im Volksaufstand des 17. Juni 1953 bestätigen sollte. In der Bundesrepublik spielte der deutsche Antibolschewismus eine herausgehobene Rolle. Aber das war nur ein Teil. Seit 1949 haben wir es im Westen mit einem

zweischichtigen Antikommunismus zu tun, und nur wenn man beide Spielarten prüft, erhält man ein zutreffendes Bild. Das führt zu den fünfziger und sechziger Jahren.

Aufspaltung der Feindbilder im Kalten Krieg

Der westdeutsche Antikommunismus knüpfte in den Anfangsjahren der Ära Adenauer – bis 1957 – an die Tradition der Weimarer Republik an. Das geschah ganz offen, weil es eine erfahrungsgesättigte Plausibilität aufwies, dem Herrschaftskalkül der bürgerlichen Regierung diene und das Selbstverständnis des bürgerlichen Lagers stabilisierte. Das bekannte CDU-Wahlplakat aus dem Bundestagswahlkampf 1953 war geschickt gemacht. Die Parole ist simpel: »Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau. Darum CDU.« Die Grafik zeigt den Ausschnitt eines Gesichts, von dem nur die scharf beobachtenden Augen und die soldatische Schirmmütze mit Hammer und Sichel anstelle der Kokarde zu sehen sind¹⁸. Die Botschaft war klar: »Moskau« stand für Überwachung und Militär; das spielte mit der Erfahrung der deutschen Soldaten aus dem Krieg und gewann seine unmittelbare Plausibilität durch den Einsatz von Panzern der Roten Armee gegen die Aufständischen des 17. Juni. Wichtiger als diese vordergründig antisowjetische Aussage war aber die Verwendung des Begriffs »Marxismus«. Wir konnten soeben sehen, dass Hitler in seiner Ansprache vor den Reichswehrgenerälen 1933 »Marxismus« innenpolitisch gebrauchte und »Bolschewismus« nach außen gewendet. Hier, 1953, beobachten wir, dass der bürgerliche Antisozialismus aus der Zwischenkriegszeit unter dem Rubrum »Marxismus« noch fortgeschrieben und zugleich mit dem Antibolschewismus und der Angst vor Russland verkoppelt wurde. Das war ein Charakteristikum der Ära Adenauer. Der Bundeskanzler verlängerte die außenpolitische Linie des Antisowjetismus in die Innenpolitik hinein und richtete sie gegen die SPD. Intern ließ Adenauer zwar nie einen Zweifel aufkommen, dass er

die Sozialdemokratie immer als verlässlichen Stützpfiler der Weimarer Demokratie angesehen hatte, aber er nutzte jetzt, im Kalten Krieg der fünfziger Jahre, die sozialistische Programmatik der Bonner SPD für eine sowohl außen- als auch innenpolitische Abwehrstrategie seiner bürgerlichen Koalition¹⁹. Das ist auch der Grund, warum Adenauer – wie wir gleich sehen werden – 1959 alarmiert auf das Godesberger Programm der SPD reagierte.

Parallel zu dieser Propaganda, die mit dem »Marxismus« operierte, entfaltete sich die Rhetorik des Antitotalitarismus. Entstanden in den USA in den frühen vierziger Jahren als Reaktion auf den Hitler-Stalin-Pakt, tat die Totalitarismustheorie international ihren Dienst bis Anfang der sechziger Jahre²⁰. Besonders wichtig wurde sie für Westdeutschland, weil sie hier gleich mehrere Zwecke erfüllte. Durch die doppelte Abgrenzung gegen die überwundene und die aktuelle Diktatur stabilisierte sie in der Nachkriegsgesellschaft die Orientierung hin auf die parlamentarische Demokratie. Denn sie ermöglichte es so manchem alten Nazi, aber eben auch den Soldaten des Russlandfeldzugs, ihren alten Glauben an die Wahrheit der NS-Propaganda nicht preisgeben zu müssen, sofern man sich nur deutlich genug von der Diktatur in der DDR und der Sowjetunion distanzierte. Wenn »braun« gleich »rot« galt, signalisierte die scharfe Ablehnung der Diktatur in der DDR genügend deutlich eine vermeintliche Distanz zur NS-Diktatur. Diese Funktion der Totalitarismustheorie nutzte die Bundesregierung, als sie unmittelbar nach der Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts 1951 den Antrag auf das Verbot sowohl der neo-nationalsozialistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) als auch der KPD einbrachte. Die Verbotsurteile ergingen zeitlich versetzt 1952 und 1956 und sie formulierten, aufeinander bezogen, den verfassungsrechtlichen Grundsatz der »wehrhaften Demokratie«. Auf diese Weise entstand die verfassungsrechtliche Grundlage für politische Justiz gegen Nationalsozialisten und gegen Kommunisten im Geiste der Totalitarismustheorie²¹.

Der westdeutsche Antikommunismus aus dem nationalen Bezugsraum war laut, und er war billig. Er war auch primitiv, wenn Bolschewismus und die Erfahrung des Russlandkriegs kausal verkoppelt wurden. Weniger laut, weit weniger primitiv, vielmehr kulturell anspruchsvoll und oftmals intellektuell hochrangig war dagegen der Antikommunismus, der sich im Bezugsraum des westlichen Lagers entfaltete.

In der politischen Kultur der Nachkriegszeit sind nur wenige Agenturen ideologischer Propaganda konkret zu fassen²². Die prominenteste war der *Congress for Cultural Freedom* (CCF) mit Sitz in Paris. Von 1950 bis in die sechziger Jahre verantwortete er internationale Kongresse zum Thema »Freiheit« – zum Thema der westlichen, liberalen, marktwirtschaftlichen »Freiheit«. Der CCF unterhielt ein Netz von Zeitschriften – in Deutschland etwa *Der Monat* –, deren Ziel darin bestand, die westeuropäischen Gesellschaften und zumal deren sozialistische Parteien einschließlich der Gewerkschaften sowie die linken Intellektuellen ideologisch gegen den Kommunismus zu immunisieren. Die frühen Protagonisten des CCF waren fast ausnahmslos ehemalige Kommunisten, die sich nach der Erfahrung des Hitler-Stalin-Pakts tief enttäuscht abgewendet hatten und bis 1944/45 zu rabiaten Antikommunisten geworden waren. Arthur Koestler ist die vielleicht bekannteste Person in dieser Gruppe²³.

Im Verlauf der fünfziger Jahre schuf der Kongress für kulturelle Freiheit die Aktionsräume, in denen sich unterschiedlichste Persönlichkeiten begegnen und miteinander kooperieren konnten. Hier trafen Emigranten und Remigranten aufeinander, die 1933 nach England, in die USA, nach Skandinavien und in andere Länder hatten fliehen müssen, weil sie Sozialisten oder weil sie jüdisch waren. Willy Brandt und Ernst Reuter gehörten in diesen Kreis, ebenso die Gründungsprofessoren an der Freien Universität Berlin: Ernst Fraenkel, Franz Leopold Neumann, Richard Löwenthal und zahlreiche andere. Deren Ziel war es, in der deutschen Gesellschaft die Voraussetzungen für eine staats-

bürgerlich stabile Demokratiefähigkeit zu schaffen. Deshalb war ihr primärer Gegner die Tradition der wilhelminischen Militärmonarchie und des bürgerlichen Antiliberalismus, die in den zwanziger Jahren den Ruin der parlamentarischen Demokratie gefördert hatten. Der sekundäre Gegner war die Diktatur, der Todfeind der Demokratie. Die braune Diktatur war erledigt, und so blieb die rote Diktatur als Bedrohung der Demokratie in der Nachkriegsgesellschaft. Die Protagonisten dieser Strömung waren linke Liberale und Sozialdemokraten. Ihr Antikommunismus stand in einem funktionalen Bezug zum eigentlichen Ziel der »Westernisierer« aus den Organisationen der westlichen Propaganda, die deutsche politische Kultur dem europäisch-atlantischen Liberalismus zu öffnen und dazu beizutragen, dass »der Westen« zu einem ideologisch homogenen Lager werden konnte²⁴.

Aus diesem Umfeld kamen wichtige Anstöße, die in die Programmdebatten der Bonner SPD seit 1955/57 einfließen. Das Godesberger Programm von 1959 schob den Marxismus in der sozialdemokratischen Programmatik nach hinten und die Marktwirtschaft nach vorn. Damit war die SPD zu einem integrierenden Bestandteil der westlichen politischen Kultur in der Bundesrepublik geworden. Sie konnte nicht länger mit »Marxismus« in Verbindung gebracht werden, worauf Adenauer – wie erwähnt – höchst alarmiert reagierte, weil von jetzt an die bisherige CDU-Propaganda ins Leere lief. Die SPD war immer eine antikommunistische Partei gewesen. Jetzt fügte sie sich programmatisch ins westliche Lager ein, wo Demokratie und Marktwirtschaft, mithin ein liberales Ordnungsmodell, vorherrschten. Seither wurde soziale Reformpolitik zum Hauptanliegen der SPD, ein liberaler Sozialismus gewissermaßen.

Zur selben Zeit, zwischen 1958 und 1960, entfaltete sich in den transnationalen Netzwerken linksliberaler europäischer und amerikanischer Intellektueller die Neuformation des westlichen linken Denkens, das die Sowjetunion nicht länger als bolschewistische Kampfmaschine wahrnahm, son-

dern vielmehr den Marxismus mittels linksliberaler Kritik aktualisierte. 1958 erschien Herbert Marcuses Buch *Soviet Marxism: A Critical Analysis*, 1960 erfolgte der Durchbruch der *New Left*, nachdem C. Wright Mills ihr einige Jahre lang den Weg bereitet hatte. Von da an konnte der Westen »links« werden, ohne die Verkopplung von Demokratie und Kapitalismus preisgeben zu müssen. Ein neuer Marxismus, der Neomarxismus, begann sich zu entfalten. Er war in der Lage, mit der marktwirtschaftlichen Ordnung in der liberalen Demokratie kritisch zu koagieren. Damit wurde die Totalitarismustheorie hinfällig, weil »Moskau« nicht länger allein als totalitäre Diktatur wahrgenommen werden konnte, wie Herbert Marcuse in seinem Buch zeigte, und weil »Moskau« und »Marxismus« nicht länger als identisch betrachtet werden konnten²⁵. Man könnte sagen, dass damals der Antikommunismus in »seine Epoche«, in die Vergangenheit, verwiesen wurde. Die enorme Resonanz insbesondere in den USA, die Ernst Noltes Buch *Der Faschismus in seiner Epoche* 1963 entfaltete, war eine Funktion dieses Trends, denn sobald der Faschismus als selbstständiges Epochenphänomen betrachtet wurde, war es nicht länger sinnvoll, die faschistische und die stalinistische Diktatur als »totalitäre Herrschaft« zu verbinden und die Bedrohung durch sie als anhaltend gültig zu betrachten²⁶.

In den Jahren um 1960 verlor der Antikommunismus seine intellektuelle Substanz. Das vollzog sich im internationalen Rahmen des westlichen Lagers. Bis es sich bemerkbar machte, sollte noch ein Jahrzehnt vergehen. Aber der Anfang vom Ende »der Epoche« lag hier. Das heißt jedoch nicht, dass damit auch der nationale Bezugsraum des Antikommunismus seine Bedeutung verlor, ganz im Gegenteil. Der hilflose Fluch der Antikommunisten im Umfeld der BILD-Zeitung und in der weiten Öffentlichkeit des *juste milieu* gegen die Studenten der Achtundsechziger-Bewegung, der Fluch »Geht doch nach drüben!«, zeigte an, dass die deutschen Antikommunisten nichts begriffen hatten, anders gesagt: dass der nationale

Antikommunismus virulent und politisch blindwütig geblieben war wie bisher²⁷. Solange es die DDR und den Ostblock gab, gab es auch einen Antikommunismus. Aber dessen Substanz war nur noch versteinertes Ressentiment, ganz ähnlich wie die Worthülsen der SED-Führung vom Fortschritt im Sozialismus nur noch versteinerte Rhetorik waren.

Ideologische Erschöpfung im Zuge der Entspannungspolitik

Blicken wir zum Schluss auf die siebziger und achtziger Jahre. Im nationalen Bezugsraum kochte das Ressentiment hoch, als die sozialliberale Koalition 1969/70 Anlauf auf die »Neue Ostpolitik« nahm. Das Etikett »neu« machte die Runde: Neue Linke, Neue Ostpolitik. Es ging um Aufbruch, Fortschritt, Erneuerung, um »mehr Demokratie«. Willy Brandt, der sozialdemokratische Frontmann der politisch-ideologischen *Westernization* seit den fünfziger Jahren, war biographisch legitimiert wie kaum ein anderer, Ostpolitik als Politik des Ausgleichs zu betreiben und mit den Parteiführungen der kommunistischen Länder auf Augenhöhe zu verhandeln. Hasskampagnen gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel richteten sich vordergründig auf das Problem der deutschen Ostgebiete in der Volksrepublik Polen. Dahinter aber kamen die verkrusteten Einstellungsmuster zum Vorschein, in denen nationaler Revisionismus und Antibolschewismus in blinder Feindschaft gegen »den Osten« zusammengewachsen waren²⁸. Zur selben Zeit um 1970, als die Neue Linke und der Neomarxismus zu kulturellen Trends in den westlichen Ländern geworden waren, begann der sterile Marxismus-Leninismus aus SED-Provenienz nach Westdeutschland hineinzuwirken. Das hatte mit der Neuen Linken und mit marxistischer Theorie im westlichen linksliberalen oder sozialistischen Rahmen nicht viel zu tun, aber der internationale linke Zeitgeist ermöglichte diese nationale Entwicklung. 1968 war die KPD in Gestalt der DKP neu gegründet worden. An den Universitäten breitete sich seit

1971 der MSB Spartakus aus, und es wurde für die damalige Studentengeneration schick, mit »Marx- und Engelszungen« (Wolf Biermann) zu reden. Dass die *Kapital*-Schulung und andere Indoktrination mit Texten der SED-Orthodoxie erfolgte, war nur für kritische Marxisten unerträglich. Für die große Mehrheit der Studenten war es schlicht der Weg, um sich vom Antikommunismus der Elternhäuser, der Schulen und der Kirchen abzulösen, mit dem die damals Zwanzigjährigen in der frühen Nachkriegszeit aufgewachsen waren.

Wie sehr aber der nationale Rahmen gegenüber dem transnationalen Rahmen an Bedeutung verlor, zeigten nicht nur die Paukenschläge der Jahre 1974 und 1976 in Frankreich und Deutschland, sondern auch die kritischen Bewegungen in verschiedenen europäischen Ländern. 1974 sorgte Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* dafür, dass in Frankreich die Bindung der Intellektuellen an die spätstalinistische kommunistische Partei, den PCF, zu Ende ging. Der Zeitgeist begann über Sartre und seine Generation hinwegzugehen, und neu-linke Theoretiker der politisch-gesellschaftlichen Bedingungen von Repression und Gewalt wie Michel Foucault, Félix Guattari und Gilles Deleuze gewannen rasch an Bedeutung. 1976 bürgerte die DDR Wolf Biermann aus und gab damit international zu erkennen, dass sie mit sozialistischer Programmatik der Kritik an der SED-Diktatur nicht mehr Herr zu werden vermochte. Mitte der siebziger Jahre wurde aller Welt sichtbar, dass der Staatssozialismus seine Kraft zur Erneuerung verloren hatte²⁹.

1980 schließlich kamen im Westen wie im Osten Bewegungen zum Durchbruch, die ohne die zeitgeschichtliche Rückbindung an die Propagandakriege im frühen Ost-West-Konflikt nur halbwegs zu verstehen sind. Seit Ende der vierziger Jahre führte der Osten seinen Propagandakrieg gegen den Westen mit dem alten Lenin'schen Schlachtruf »Frieden«. Es gab Kongresse, die sich mit dem Problem des Friedens befassten, die Weltjugendspiele dienten dem Frieden, und der Ostblock bezeichnete sich selbst konsequent als das »Frie-